

Niederschrift

über die 9. Sitzung der Kommission für gesellschaftspolitische Fragen zusammen mit der Arbeitsgruppe „Demografie-Dialog“ vom Dienstag, 31. März 2009, um 20.00 Uhr in den Lindener Ratsstuben

Anwesende:

siehe Anwesenheitslisten

Protokoll: Manuela Breitenbach

Tagesordnung:

1. Kindergärten;
 hier: Baumaßnahmen
2. Bericht der Arbeitsgruppe "Familienzentrum"
3. Verschiedenes

Herr Lischka begrüßt die Anwesende, geht kurz auf die Tagesordnung ein und verweist auf die ausgelegten Broschüren.

Zu Punkt 1:

Kindergärten;

hier: Baumaßnahmen

Bürgermeister Dr. Lenz gibt Erläuterungen zu den einzelnen, für die nächsten 2-3 Jahre vorgesehenen Baumaßnahmen an den Kindergärten. Aus dem Konjunkturprogramm seien rund 1,14 Mio. Euro zur Verfügung gestellt worden. Von der Stadtverordnetenversammlung sei beschlossen worden, diese zusätzlichen Gelder in die Kindergärten zu investieren. Mit dem Anbau an den Kindergarten Stadtzentrum und den Evangelischen Kindergarten, sowie die Neugestaltung des Eingangsbereichs im Kindergarten Obergasse und die Planung für einen neuen Kindergarten in Leihgestern habe man 4 Maßnahmen für eine Vorabprüfung angemeldet. Der Planungsauftrag konnte erteilt werden, so dass die Unterlagen in ein paar Wochen der Bauaufsicht vorgelegt werden können, um dann eine kurzfristige Baugenehmigung zu erhalten. In diesem Jahr habe man nur die Planungskosten vorgesehen, investive Kosten erst für das nächste Jahr. Alle 4 Maßnahmen müssen bis Ende 2011 abgeschlossen und abgerechnet sein. Die Ausschreibung für die Obergasse solle zwar erfolgen, aber die Vergabe soll erst dann erfolgen, wenn die Zusage für die Fördermittel da ist. Es handelt sich hierbei um zusätzliche Investitionen zum eigentlichen Haushalt. Die grundlegende Sanierung des Evangelischen Kindergartens wird ein Langzeitprojekt, da die Maßnahme in Kürze nicht abgewickelt werden kann.

Auf die Frage von Frau Kersten, ob es denn nun in Großen-Linden doch kein Familienzentrum gäbe, führt Bgm. Dr. Lenz aus, dass sich die Situation geändert habe. Es sei sinnvoll, das Familienzentrum zusammen mit der Sanierung der Grundschule in Leihgestern zu verwirklichen. Dort könnten zusammen maximal 400 Kinder von 0 bis 10 Jahre mit Mittagessen und Beratungen betreut werden.

Herr Prof. Dr. Ramb macht darauf aufmerksam, dass durch die Masse der jetzt zu verwirklichenden Baumaßnahmen enormer Druck auf die Baupreise entstehen könnte. Bgm. Dr. Lenz führt aus, dass diese evtl. sogar gewollt sei, da im Baugewerbe die Preise kaum mehr auskömmlich seien. Es seien auch sehr lange keine so lange Ruhephase im Baugewerbe gewesen.

Weiter berichtet er, dass insgesamt in den nächsten Jahren 5 Mio. Euro investiert werden können. Jede Schule habe einen bestimmten Betrag zugestanden bekommen, den sie für Investitionen in ihrem Bereich, ohne fragen zu müssen, verwenden darf. So sei z. Bsp. der Wiesengrundschule ein Betrag von ca. 1 Mio. Euro zugesagt worden. An der Anne-Frank-Schule stehe im nächsten Jahr die Erneuerung der Sporthalle an. Durch die Errichtung eines Familienzentrums in Leihgestern könnte der Standort der Wiesengrundschule aufgewertet werden. Der Kindergarten Regenbogenland solle zunächst stehen bleiben. Vielleicht könne er in kleinerem Rahmen, vielleicht zweigruppig, gefahren werden.

Grundsätzlich sei zu sagen, dass man zur Zeit die Kindergartensituation nicht 100%ig für die Zukunft abschätzen kann, da man nicht vorher sehen könne, wie sich die Kinderzahlen durch Zu- und Wegzüge entwickeln werden. Zurzeit gäbe es wieder vermehrt Nachfragen nach Baugrundstücken.

Herr Dr. Schütz erinnert an die stattgefundene Begehung des Kindergartens Regenbogenland, die gezeigt habe, dass dieser doch sehr marode sei. Er stellt die Frage, wie denn hier nun eine weitere Nutzung aussehen solle. Bgm. Dr. Lenz erläutert, dass die Einrichtung generell zu klein sei. Durch eine Gruppenreduzierung stelle sich die Raumsituation anders dar und könne umorganisiert werden. Statisch bestünden keine Probleme. Dieses wurde vor Kurzem erst überprüft. Es müsse geklärt werden, ob saniert oder abgerissen wird.

Zu Punkt 2:

Bericht der Arbeitsgruppe "Familienzentrum"

In der letzten Sitzung wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die mit der Aufgabe betraut war, das Thema "Familienzentrum" auszuarbeiten. Das Protokoll zur 1. Arbeitsgruppen-Sitzung vom 09. März 2009 liegt allen Anwesenden in Kopie vor. Frau Wagner gibt noch einige Erläuterungen zu den einzelnen Punkten und den bisher stattgefundenen Gesprächen. Sie führt aus, dass sich die Zusammenarbeit positiv darstellt. Der Weg vom Familienzentrum zum Mehrgenerationenhaus wurde bei den Beratungen zunächst außen vorgelassen. Die Kindertagesstätte und die Grundschule sollen aus verschiedenen Gründen als separate Gebäude erhalten bleiben. Es wird angeregt, die Speiseräume altersmäßig zu trennen, da der Lärmpegel problematisch sein könnte. Die Küche und auch die Aula könnte von beiden Einrichtungen genutzt werden, zum Beispiel für Elternabende, Chorveranstaltungen usw. Kurse für Mütter und Beratung könnte vormittags erfolgen, wenn die Kinder in Betreuung sind.

Frau Schmidt bemerkt, dass die Küche auch unter anderem für ein offenes Angebot für Senioren genutzt werden könne. Baulich sollte der Komplex so gestaltet werden, dass Erweiterungen leicht möglich sind.

Frau Größer führt aus, dass im Rahmen der Aktion "Bündnis für Familie" ein Aktionstag sich anbieten würde, um zu sehen ob etwas Derartiges überhaupt angenommen werde. Es falle unter anderem auf, dass das die Einbindung der Senioren bei der ganzen Diskussion sehr weit hinten anstehe.

Frau Zoller gibt zu bedenken, dass für die Umsetzung all dieser Ideen immense Kosten, nicht nur für den Bau, sondern auch für die Unterhaltung anfallen, die zu tragen sind. Dies sollte man bei der Planung nicht vergessen.

Frau Jung-Grebe führt aus, dass die Planung so ausgerichtet sein muss, dass der Weg für evtl. Zukunftsvisionen, die man aktuell habe, nicht verbaut werde.

Auf die Frage von Herrn Dr. Schütz, was in den 200.000 Euro, die vom Kreis zugesagt wurden, enthalten sei, führt Bgm. Dr. Lenz aus, dass auch der Kreis sich in dieser Thematik noch im Anfangsstadium befinde. Die Diskussionen müssen noch weitergeführt werden. Die vom Landkreis organisierte Besichtigung des Familienzentrums in Eschenheim habe gezeigt, dass dieses nicht unserer Struktur entsprach. Man müsse versuchen ein Familienzentrum zu finden, welches unseren Ansprüchen entspricht. Auch müsse die Wahl des richtigen Standortes diskutiert werden. Im Bereich der Wiesengrundschule seien 70.000 qm vorhanden, die die Hessische Landgesellschaft angekauft habe. Vielleicht sollte man auch überlegen, ob zwei Standorte nötig seien.

Auch die Frage der Trägerschaft gestalte sich schwierig. Die Finanzierung über Sponsoren sei zwar denkbar, doch was geschieht, wenn diese wegfallen?

Herr Schmitt führt aus, dass die Kinderzahlen bekannt seien und es absehbar sei, wie sich die Zahl der Senioren entwickle. Es gäbe große Probleme bei der Versorgung älterer Menschen, die sowohl alters- als auch gesundheitsbedingt eingeschränkt seien. Auch für diese Menschen sei ein solches Zentrum eine wichtige Sache. Die Frage sei nun, wo hier eine Anbindung erfolgen könne. Soll zunächst mit Kindergarten und Schule für junge Familien ein Zentrum geschaffen werden? Vielleicht könnte die Seniorengeschichte ins Stadtzentrum verlegt werden in Verbindung mit dem Seniorenzentrum und der Diakonie. Hier würde allerdings der generationenübergreifende Aspekt viel zu kurz kommen, da eine räumliche Verbindung vorhanden sein müsste. Dies alles sei sowieso nur durch viel ehrenamtliches Engagement zu verwirklichen.

Bgm. Dr. Lenz führt aus, dass man hier auf echtem Neuland diskutiere. Ob nun eine Mehrgenerationenstadt oder ein Familienzentrum? Dies ist sowohl für den Landkreis als auch für die Stadt Linden neu. In manchen Punkten gäbe es eine Übereinstimmung, doch es gäbe auch erhebliche Unterschiede was das Mehrgenerationenhaus bzw. das Familienzentrum betreffe.

Frau Rudolph schlägt vor, dass die dann vorhandenen Räumlichkeiten z. Bsp. von einer Musikschule o.ä. für die Nutzung angemietet werden können. Des Weiteren führt sie aus, dass die zweimal im Jahr stattfindenden Seniorennachmittage zusammen mit den Kindergartenkindern gut angenommen werden. Der Besuch falle den Senioren jedoch schwer. Es werde sicher eine ganze Zeit dauern, bis die älteren Menschen hier reinwachsen.

Herr Dr. Schütz fragt, wie man denn nun dem Landkreis gegenüber auftreten solle. Es liege die Ausarbeitung der Arbeitsgruppe vor. Nunmehr solle man der Frage nachgehen, wo die gewünschte Anbindung der Senioren sinnvoller Weise erfolgen könne, um dann dem Kreis sagen zu können, dass die Seniorenbegegnungsstätte dazugehöre. Ob dies so funktioniere steht in Frage, man solle es jedoch versuchen.

Frau Lang führt aus, dass der vorgesehene Standort sicherlich in Ordnung sei, um die Grundschule und den Kindergarten zusammenzuführen. Es sollte ein gemeinsames Gebäude als Kernstück geben, dessen Räumlichkeiten für eine gemeinsame Nutzung vorgesehen werden, wie zum Beispiel eine Aula, der Essensbereich usw.

Frau Zoller regt an, dass es hier eine zentrale Anlaufstelle geben müsse, vielleicht in Form eines Empfangs oder Informationszentrums. Hier könnten sich dann die Personen hinwenden, die Bedürfnisse haben, die zum Beispiel Pflegedienste, Betreuungsangebote, Fahrdienste oder Beratungen in Anspruch nehmen möchten. Es müsste eine Stelle im Familienzentrum sein, wo alle Fäden zusammenlaufen. Des Weiteren könne ein Raumnutzungsplan dabei helfen, die Räumlichkeiten effektiv zu nutzen.

Frau Jung-Grebe bemerkt, dass ein pädagogisches Konzept dahinter stehe, dass Kindergarten und Grundschule gemeinsame Projekte andenken. Die größere Anzahl an Räumen werde deshalb erforderlich, weil die Gruppen einfach größer werden. Das Problem sei, dass bis zum Ende der Osterferien dem Landkreis ein fertiges Konzept vorgelegt werden müsse, wie die Umgestaltung angedacht sei, ohne einen Anbau entstehen zu lassen. Auf jeden Fall müsse die Grundschule ganztagsfähig gemacht werden. Die Grundschule bleibe als eigenständige Einheit bestehen.

Herr Prof. Dr. Ramb führt aus, dass man sich zunächst mehr Gedanken um das Gebäude an sich und noch nicht so sehr um den Inhalt machen solle. Die Verwendung könne doch offen gehalten werden. Ob man einen Experimentierraum oder ähnliches einrichtet, sei zunächst nachrangig. Das Gebäude sollte so geplant werden, dass die Räume nach Bedarf umgewidmet werden können und sowohl von kleinen Kindern als auch von Senioren genutzt werden können.

Bgm. Dr. Lenz weist darauf hin, dass es schwierig zu beantworten sei, wie das Familienzentrum mit den Senioren verbunden werden könne. Die Frage sei, bis zu welchem Altersspektrum dies angedacht sei, ob integriert werden kann und ob dies überhaupt gewollt ist. Weiterhin stellt sich die Frage ob dies an einem oder zwei Standorten in Linden umgesetzt werden soll. Zu bedenken sei, dass nicht die eigentliche Investition das Schlimme sei, sondern die anschließende Unterhaltung und die personellen Forderungen. Es sei auch eine schöne Geschichte, wenn man Sponsoren finde. Sobald diese jedoch wegbrechen, sei die Angelegenheit, die gut laufe, jedoch hinfällig. Man müsse hier insbesondere bei der Umsetzung darauf achten, dass eine große Flexibilität gewahrt wird.

Frau Zoller bittet darum, dass auch darauf geachtet werde, eine geeignete Verkehrsanbindung zu schaffen, die es auch nicht motorisierten Personen ermöglicht, die Einrichtung leicht zu erreichen. Bgm. Dr. Lenz weist darauf hin, dass die Johanniter einen Fahrdienst anbieten und auch eine Haltestelle des RMV kein Problem darstellen dürfte.

Frau Stadträtin Braun regt an, zunächst mal in den Räumlichkeiten des Erlebnisparcs ein solches Projekt auszuprobieren, um zu sehen ob der Bedarf überhaupt gegeben ist. Das Gebäude liege sehr zentral.

Herr Lischka regt an, dass man aufgrund der vielen unterschiedlichen Meinungen und Blickwinkel sicher an diesem Abend zu keinem Ergebnis kommen werde. Er stellt die Frage in den Raum, was denn nun zu tun sei. Er schlägt vor, dass die bestehende Arbeitsgruppe, vielleicht ergänzt um das ein oder andere Mitglied, die neuen Ideen sich noch einmal anschaut und diese realistisch beurteilt. Unter anderem sind Fragen bezüglich der Gelder und der Verantwortlichkeit zu klären. Dies alles müsse mehr verdichtet werden. Zur nächsten Sitzung sollen neue Überschriften erarbeitet werden.

Bgm. Dr. Lenz befürwortet diese Vorgehensweise. Er bittet darum, dass sich die Arbeitsgruppe auch mit dem Begriff "modular" auseinandersetzt. Die Einrichtung sollte auf jeden Fall bei Bedarf erweiterbar sein.

Zu Punkt 3: **Verschiedenes**

Fragebogenaktion der Vereine

Herr Lischka führt hierzu aus, dass man zur Auswertung der erhaltenen Informationen noch keine Lösung gefunden habe. Es sei hier angedacht sich bei einem geeigneten Unternehmen Rat zu holen, wie die Informationen für eine Darstellung auf der Web-Site aufbereitet werden können.

In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Homepage der Bertelsmann-Stiftung aktualisiert wurde und über www.wegweiser-kommune.de neue Zahlen abgerufen werden können.

Aktionstag

Herr Schmitt bemerkt, dass ihm aufgefallen sei, dass in dieser Runde viele nicht vertreten seien, die das Thema eigentlich auch interessieren müsste. Er macht deutlich, dass man auf deren Sachverstand angewiesen sei. Ein evtl. Aktionstag könnte genutzt werden, um diese Organisationen anzusprechen und einzubinden.

Herr Lischka macht darauf aufmerksam, dass auch ein solcher Aktionstag wieder einen sogenannten "Kümmerer" brauche und diese Tätigkeit sei sicher nicht unerheblich. Der "Aktionstag" sollte als Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung festgehalten werden.

Frau Größer erklärt sich, zusammen mit Frau Junker und Frau Kersten, bereit zwei Modelle hierfür auszuarbeiten, über die man dann sprechen könne.

Künftige Arbeit

Herr Schmitt weist darauf hin, dass bei einer Teilnahme von mehr Institutionen in der Zukunft, in dieser Kommission anders gearbeitet werden müsse. Bei einer großen Gruppe wird es dann schwierig werden zielgerichtet zu diskutieren. Auch dieser Punkt soll auf die nächste Tagesordnung.

Nächste Sitzung

Der nächste Sitzungstermin wird für Montag, den 11. Mai 2009, um 20.00 Uhr, in den Lindener Ratsstuben vereinbart.

Ende der Besprechung: 22.05 Uhr

gez.
Dr. Lenz
Bürgermeister

gez.
Breitenbach
Protokoll